

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD		
Wohnraum für Studierende und Auszubildende		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
21.10.2020	Bürgerschaft	Entscheidung
24.09.2020	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Empfehlung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich im Bündnis für Wohnen dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich mehr Wohnraum für Studierende und Auszubildende geschaffen, bzw. zur Verfügung gestellt wird. Zur Unterstützung dieses Vorhabens wird der Oberbürgermeister beauftragt, darauf hinzuwirken, dass seitens der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern schnellstmöglich die Förderung von Neubauten sowie die Grundsanierung von Studierendenwohnungen aus Mitteln der Sozialen Wohnraumförderung umgesetzt werden.

Sachverhalt:

Die Bürgerschaft hatte den Oberbürgermeister im September 2017 beauftragt, zur aktiven und sozialverträglichen Weiterentwicklung des Rostocker Wohnungsmarktes ein Bündnis für Wohnen ins Leben zu rufen. Im März 2019 wurde schließlich die „Vereinbarung zur aktiven, sozialverträglichen und nachfragegerechten Weiterentwicklung des Rostocker Wohnungsmarktes für die Jahre 2018 bis 2023“ unterzeichnet.

Im November 2019 beauftragte die Bürgerschaft den Oberbürgermeister, konzeptionelle Vorschläge zu unterbreiten, wie die Hanse- und Universitätsstadt Rostock Wohnraum für Studierende, Auszubildende und zeitweilig in Rostock Arbeitende schaffen kann. Verschiedene Varianten sollten geprüft werden. Bisher liegen keine Ergebnisse vor.

Die Bürgerschaft sollte ihr Handeln konsequent fortführen und ihr Engagement für geeigneten und bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende untersetzen. Semesterstart und Ausbildungsbeginn werden erneut belegen, dass bedarfsgerechter Wohnraum, beispielsweise in Form von Wohnheimplätzen oder Studierendenapartments Mangelware sind. Wichtig ist, dass es dabei nicht um eine Konkurrenz mit dem Studierendenwerk Rostock-Wismar geht. Es geht um Modelle, die ergänzend und eventuell auch übergangsweise funktionieren. Zudem muss Rostock anstreben, stadtweit Wohnraum für Studierende und Auszubildende entstehen zu lassen, um eine soziale Durchmischung zu stärken.

Aktuelle Entwicklungen auf Landesebene wurden berücksichtigt.

Finanzielle Auswirkungen:

Weitere mit der Beschlussvorlage mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:

liegen nicht vor.

gez. Eva-Maria Kröger
Fraktion DIE LINKE.PARTEI

gez. Uwe Flachsmeyer
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Dr. Steffen Wandschneider-Kastell
Fraktion der SPD

Anlagen

Keine